

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: DDR - OECD-Entwicklungshilfe - Rohstoff-Fonds - EG - Kernenergie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: DDR - OECD-Entwicklungshilfe - Rohstoff-Fonds - EG - Kernenergie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 7, pp. 317-318

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135454>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

DDR

Konsequenter Wohnungsbau

Nur rund ein Drittel des heutigen Wohnungsbestandes in der DDR wurde seit 1945 durch Neubau und Wiederaufbau erstellt, und die Ausstattungsmerkmale der Altbauwohnungen sind überwiegend katastrophal, da bis Ende der 60er Jahre praktisch keine Sanierungen an der Altbausubstanz vorgenommen wurden. Für die künftige Wohnsituation eröffnete die kürzliche 7. Baukonferenz des ZK der SED jedoch günstigere Perspektiven. Im VI. Fünfjahrplan 1981-1985 sollen durch Neubau und Modernisierung 930 000 bis 950 000 Wohnungen, darunter 600 000 Neubauwohnungen, geschaffen werden.

Damit folgt die Parteiführung konsequent ihrem Wohnungsbauprogramm, das auf der 10. ZK-Tagung der SED im Oktober 1973 für die Jahre 1976 – 1990 verabschiedet wurde. Bis 1990 soll danach jedem Haushalt eine dem heutigen DDR-Standard entsprechende Wohnung zur Verfügung stehen. Knapp 60 % der Bevölkerung sind von diesem Programm direkt betroffen. Sie können jetzt erst einmal aufatmen, denn es war keineswegs sicher, ob die DDR unter den sich verschärfenden externen und internen Belastungen die absolute Priorität des Wohnungsbaus würde aufrechterhalten können. Allerdings bleibt zu beachten, daß auch bei Beibehaltung des gegenwärtigen und des sich abzeichnenden Bautempos die DDR mit Ablauf ihres Programms 1990 hinsichtlich der Wohnausstattung gerade das bundesrepublikanische Niveau des Jahres 1968 erreicht haben wird. pl

OECD-Entwicklungshilfe

Unerträgliche Diskrepanz

Zur Jahreshälfte veröffentlichte der Entwicklungshilfesausschuß (DAC) der OECD seine vorläufige Bilanz für das Jahr 1979. Der gesamte Mittelzufluß (einschließlich privater Mittel zu Marktbedingungen) aus westlichen Industriestaaten in die Entwicklungsländer war danach in diesem Jahre (70,4 Mrd. US-\$) kaum höher als im Jahr zuvor (1978: 70,2 Mrd. US-\$). Die öffentliche Hilfe der OECD-Staaten stieg zwar um real 2 % auf 22,3 Mrd. US-\$, doch wurde das zu Beginn der zweiten Entwicklungsdekade gesetzte Ziel, diese Leistungen auf 0,7 % des BSP anzuheben, wiederum weit verfehlt. Die Quote sank, wenn auch geringfügig, auf 0,34 % (Vorjahr 0,35 %).

Entscheidend für die Entwicklung im letzten Jahr war der starke Rückgang der amerikanischen Entwicklungshilfe auf 4,6 Mrd. US-\$ (1978: 5,7 Mrd. US-\$). Hoffnung auf eine Besserung in Zukunft ist aber auch weiterhin fehl am Platze: Die britische Regierung hat unlängst ihre Absicht bekräftigt, ihre Leistungen in den nächsten drei Jahren um real 13 % zu senken, und auch der deutsche Finanzminister verwahrt sich gegen Versuche, ihn auf einen Termin (1985) für die Erreichung der 0,7 %-Quote festzulegen.

Dabei ist gerade jetzt eine deutliche Erhöhung des Ressourcentransfers in die Dritte Welt aus öffentlichen Quellen dringend geboten. Der Zufluß von Privatkapital zeigt bei abschwächender Weltkonjunktur eher rückläufige Tendenzen. Die Banken sind angesichts der bereits hohen Auslandsverschuldung vieler Länder zurückhaltend bei der Kreditvergabe. Und andererseits sind viele Entwicklungsländer durch die bereits aufgelaufenen Zins- und Tilgungsverpflichtungen kaum noch in der Lage, ihren weiteren Kapital- und Devisenbedarf zu marktmäßigen Bedingungen zu finanzieren.

Zusätzliche öffentliche Hilfe allein wird die Probleme der Dritten Welt zwar nicht lösen, aber sie wäre ein dringend erforderlicher Beitrag, um zumindest die Glaubwürdigkeit der westlichen Industrieländer zu erhöhen. Sonst droht die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit unerträglich zu werden. er

Rohstoff-Fonds

Demonstration des guten Willens

Nach jahrelangen, wechselvollen Verhandlungen wurde nun endlich ein Vertrag über den Internationalen Rohstoff-Fonds paraphiert. Ab 1. Oktober 1980 soll er bei der UNO zur Unterzeichnung aufgelegt werden. Wenn ihn 90 der 150 vorgesehenen Vertragsmitgliedstaaten, die zwei Drittel des Gesamtkapitals von 750 Mill. \$ aufbringen sollen, unterzeichnet haben, wird er in Kraft treten.

Von diesem Gesamtkapital gehen 400 Mill. \$ in den „ersten Schalter“, der über die Mitfinanzierung von Bufferstocks zur Preisstabilisierung auf den internationalen Rohstoffmärkten eingesetzt werden soll. Der „zweite Schalter“ mit 350 Mill. \$ soll für die Diversifizierung, Qualitätsverbesserung und Verkaufsförderung vor allem nicht lagerfähiger Rohstoffexporte der Entwicklungsländer verwandt werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt die eigentliche Bedeutung der Paraphierung des Vertrages eher in

der Demonstration neuen Verhandlungswillens über die Dritte Entwicklungsdekade als in einem von den Entwicklungsländern erhofften Fortschritt auf dem Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Denn das Verhandlungsergebnis fällt weit hinter die ursprüngliche Forderung der Entwicklungsländer nach einem Gesamtkapital von 6 Mrd. \$ zurück. Zudem sind 280 Mill. \$ des „zweiten Schalters“ nur als freiwillige Beiträge vorgesehen, und erst bei deren Bewilligung wäre der „zweite Schalter“ handlungsfähig. Der „erste Schalter“ wiederum kann seine Funktion erst übernehmen, wenn tatsächlich Rohstoffabkommen abgeschlossen werden. Bisher bestehen aber nur vier von den 18 vorgesehenen Abkommen, und der Zusammenbruch des Kakaoabkommens im Frühjahr dieses Jahres und die Schwierigkeiten des Weltgetreideabkommens lassen nicht den baldigen Abschluß weiterer Abkommen erwarten. ak

EG

Angst vor Japanern

Als extrem rohstoffarmes Land war Japan schon immer in besonderem Maße auf die Ausfuhr von Industrieprodukten angewiesen. Dieser Herausforderung ist das Land bislang mit großem Erfolg begegnet. Sie stellt sich jedoch nach der zweiten Ölpreisexplosion erneut, denn allein auf Energierohstoffe dürfte mittlerweile mehr als die Hälfte des Einfuhrwerts entfallen. Doch wie in den USA regen sich nun auch in Westeuropa zunehmend Widerstände gegen kräftig steigende Lieferungen aus Fernost.

So ist die EG-Kommission gerade dabei, ihre Handelsstrategie gegenüber Japan zu überprüfen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Tatsache, daß das Handelsbilanzdefizit der EG mit Japan in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um fast die Hälfte höher war als in der gleichen Vorjahrsperiode. Darin schlug sich nicht zuletzt die zu Beginn des Jahres noch verstärkte Verbrauchsneigung in den westeuropäischen Ländern nieder mit der entsprechenden Nachfrage nach dauerhaften technologisch hochstehenden Konsumgütern, bei denen Japan nun einmal in vielen Fällen eine international führende Position besitzt. Mit der Verbrauchsabschwächung im zweiten Halbjahr wird sich dieser Trend sicherlich nicht fortsetzen.

Die Kommission nimmt aber die bisherige Entwicklung offenbar dennoch zum Anlaß, u. a. „vorübergehende Exportbeschränkungen“ für eine Reihe von Gü-

tern zu erwirken, um den betroffenen europäischen Unternehmen eine Atempause zu verschaffen. Bei deren Modernisierung sollen dann japanische Firmen im Wege von Kooperationen mitwirken können. Die Bereitschaft der Europäer zu Kooperationen war jedoch bisher gering, und es dürfte sehr fraglich sein, ob ihre Kooperationsbereitschaft bei einem Schutz vor japanischen Importen zunimmt; zu vermuten wäre dies eher, wenn sie dem japanischen Wettbewerbsdruck ausgesetzt blieben. wt

Kernenergie

Entscheidung erst 1990?

Mit nur wenig Verspätung hat die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ ihren Bericht vorgelegt. Zu einem klaren Votum über den Ausbau der Kernkraftwerkskapazität konnten sich die Mitglieder nicht durchringen. Statt dessen empfehlen sie mehrheitlich einen Aufschub der endgültigen Entscheidung bis zum Jahre 1990.

Für die Nuklearindustrie, die verkündet hatte, es gäbe mittlerweile keinen Menschen mit Sachverstand mehr, der die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus in Zweifel zieht, dürfte diese Empfehlung enttäuschend sein. Sie ist allerdings zu sehen vor dem Hintergrund der bisher nicht ausgeräumten Zweifel an der Beherrschbarkeit der Probleme, die mit einem forcierten Übergang zur Kernenergienutzung verbunden sind. Es wäre unter diesen Umständen möglicherweise ein folgenschwerer Fehler, sich der Ausstiegsoption schon jetzt zu begeben. Schließlich sollte auch berücksichtigt werden, daß der Aufschub den Bemühungen um einen rationelleren Energieeinsatz und den Ausbau nicht-nuklearer Energiequellen weiteren Auftrieb geben kann. Wenn das darin liegende Potential zur Lösung unserer Energieprobleme häufig als unzureichend angesehen wird, liegt das auch daran, daß die Anreize offenbar erst mit dem zweiten großen Ölpreisschub groß genug geworden sind und viele Ansätze noch im Experimentierstadium stecken.

Allerdings darf bei alledem nicht übersehen werden, daß im Kraftwerksbau mit langen Fristen zu rechnen ist. Der Aufschub, wie ihn die Kommission vorschlägt, hat daher nur Sinn, wenn die Zeit bis zur endgültigen Entscheidung durch intensive Forschungsanstrengungen und geeignete staatliche Maßnahmen genutzt wird, damit auch tatsächlich alle Optionen offengehalten oder geöffnet werden. ma